

Die hübsche Frau von nebenan

Warum Pascale Bruderers Kür zur höchsten Schweizerin eine gute Wahl ist

So hübsch war noch keine Nationalratspräsidentin. Auch nicht so gutherzig. Weil die Aargauer SP-Frau ausserdem eine kluge Organisatorin ist und den Konsens sucht, wird Pascale Bruderer ihr Jahr als höchste Schweizerin tadellos und vorbildlich meistern.

GIERI CAVELTY

Sie ist die bestgewählte Nationalratspräsidentin überhaupt, und seit über 40 Jahren hat auch kein Mann mehr Stimmen auf sich vereint: 174 Ratskollegen haben Pascale Bruderer gestern zur protokollarisch höchsten Schweizerin gekürt. Wirklich überraschen mag das niemanden: Die Geschäftsführerin der Krebsliga Aargau kommt bei den Leuten so gut an wie kaum jemand. Bei den letzten Nationalratswahlen im Kanton Aargau landete die studierte Politologin als einzige Nicht-SVPlerin auf den vorderen Rängen. Ebenfalls ein Abo für die besten Plätze hat sie bei nationalen Beliebtheitsumfragen.

Dabei hat Bruderer zumindest in Bundesbern einige Kritiker. Sie sei ein politisches Leichtgewicht, meint eine Bürgerliche, die mit der 32-jährigen in der Bildungscommission sitzt. Besonders giftig tönt es über SP-Frau Bruderer ausgerechnet bei einer Handvoll Sozialdemokraten. «Bruderers steile Karriere zeigt, wie apolitisch der Politbetrieb geworden ist», schimpft jemand aus der Romandie. «Es geht um Äusserlichkeiten, nicht um Inhalte.» Ein anderer Genosse erklärt, wie die Fraktion 2007 überhaupt dazu gekommen sein soll, die gebürtige Badenerin zur Vizepräsidentin der grossen Kammer, mithin zu

Bruderers steile Karriere zeigt, wie apolitisch der Politbetrieb geworden ist

deren späteren Vorsitzenden vorzuschlagen: «Die Nomination erfolgte gleich nach der Schlappe unserer Partei bei den Nationalratswahlen. Damals war klar: Wir wollen ein junges Gesicht als Aushängeschild. Da eignete sich Bruderer eben sehr viel besser als die zwei parteiinternen Mitbewerberinnen, die beide schon über 40 Jahre alt waren.»

Das Kennzeichnende an diesem «Bruderer-Bashing» ist: Niemand steht mit Namen zu seiner Aussage. Pascale

Bruderer umgibt eine Aura der Unantastbarkeit. «Ich schneide mir doch nicht ins eigene Fleisch und gebe den Party- und Ladykiller», sagt einer der zitierten SP-Männer. Der andere besinnt sich stattdessen auf die positiven Seiten Bruderers: «In ihrem Kernthema, der Sozialpolitik, scheut sie keinen Einsatz. Kaum jemand in unserer Partei hat sich bei der Volksabstimmung über die Zusatzfinanzierung der IV so stark engagiert. Ausserdem ist sie eine gut organisierte und sehr effiziente Schafferin. Damit ist sie

Sie ist eine gut organisierte und sehr effiziente Schafferin

wie gemacht für den Posten der Nationalratspräsidentin. In diesem Amt geht es ja primär darum, die Sitzungen umsichtig und speditiv zu leiten.»

Weitere positive Attribute lassen sich ergänzen: Bruderer versteht sich als Brückenbauerin zwischen den politischen Lagern. Entsprechend undogmatisch und umgänglich ist sie – entsprechend geniesst sie selbst in der SVP Sympathien. Auch ist Bruderer in Bern noch nie ein Fehler unterlaufen. Keine Selbstverständlichkeit: Immerhin stand sie zumal in ihrer Anfangszeit stark im medialen Fokus. Bloss hat sie in ihren 7 Jahren Bern eine Persönlichkeit der Unfassbarkeit und Unverbindlichkeit ausgebildet. Statt griffiger Statements bekommt man von ihr oft wohlhabgewogene Gemeinplätze zu hören. Und doch: Ganz ohne Ecken und Kanten politisiert sie nicht. Jedenfalls weist sie ein Rating, das die «NZZ» am Samstag publiziert hat, als die am wenigsten linke Sozialdemokratin im Nationalrat aus.

Für Behinderte, gegen Tierquälerei

Selbstverständlich ist da aber auch ihr Aussehen: So hübsch war noch keine Nationalratspräsidentin. Ausserdem ist Bruderer ausserordentlich gutherzig: Sie setzt sich ein für ein «Importverbot für tierquälerei hergestellte Pelzprodukte», und sie will «Berufliche Bildung für alle besser zugänglich machen» – so lauten die Titel ihrer beiden jüngsten Vorstösse. Ausser Tierquälerei und Behinderten-Diskriminierung kann im Grunde also niemand ernsthaft etwas gegen Pascale Bruderer haben. Zum echten Erfolgsmenschen wird sie freilich, weil sie ihre vielen Vorzüge mit etwas



HÖCHSTE SCHWEIZERIN Die Aargauer SP-Nationalrätin Pascale Bruderer. P. LÜTHY

FORSTER SITZT STÄNDERAT VOR

Auch der Ständerat hat eine neue Präsidentin: Die 65-jährige St. Galler FDP-Politikerin Erika Forster erhielt 43 von 44 gültigen Stimmen. Zu Pascal Bruderers Vize – und damit zu ihrem voraussichtlichen Nachfolger – hat der Nationalrat den

51-jährigen Walliser FDP-Politiker Jean-René Germanier gewählt. Zum zweiten Vize kürte die grosse Kammer den Thurgauer SVP-Vertreter Hansjörg Walter: Nach seiner Nicht-Wahl zum Bundesrat vor einem Jahr kommt der 58-Jährige in Bundesbern nun also doch noch zu speziellen Ehren. (CAV)

Biederkeit anreichert: Bruderer verkörpert den Typus junge Nachbarin, von der sich jedermann vorstellen kann, wie er sie im Quartierladen antrifft und mit ihr ein paar nette Worte über ihren Hund Kala und das Wetter wechselt.

In diesem Sinne wird Bruderer in der Tat ein tadelloses Jahr als National-

ratspräsidentin absolvieren: «Ich freue mich darauf, das Parlament der Bevölkerung näherzubringen und aufzuzeigen, wie Politik in der Schweiz gelebt wird», sagte sie vor Wochenfrist im Interview mit dieser Zeitung. Diese hohe Erwartung an sich selbst wird Pascale Bruderer vorbildlich erfüllen.

Bundesrat muss beim Strom über die Bücher

Ziel der Marktöffnung bisher nicht erreicht

Der Bundesrat hatte das Stromversorgungsgesetz in weiten Teilen auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt und damit die Öffnung des Schweizer Strommarkts in zwei Schritten – zunächst ab Anfang 2009 für Grossverbraucher und ab 2014 auch für Haushalte – in die Wege geleitet.

Die praktischen Erfahrungen hätten bisher aber gezeigt, dass die erklärten Ziele der Strommarktöffnung, nämlich die Schaffung einer wettbewerbsorientierten und sicheren Stromversorgung mit transparenten Preisen, nicht erreicht worden seien, teilte das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) am Mittwoch mit.

Mangelnde Markttransparenz

Die mangelnde Markttransparenz, das nicht wettbewerbsorientierte Verhalten der Akteure und der weiterhin drohende Anstieg der Strompreise erforderten eine eingehende Analyse des Gesetzes. Das Uvek weist in

der Mitteilung auch darauf hin, dass ein starker Anstieg der Strompreise die internationale Konkurrenzfähigkeit von energieintensiven Unternehmen gefährde.

Mit dem bisherigen Gesetz hätten zum einen nur wenige Grosskunden mit einem Jahresverbrauch von mindestens 100 000 Kilowattstunden den Stromlieferanten gewechselt. Zum anderen hätten die von den Stromversorgungsunternehmen im Herbst 2008 angekündigten erheblichen Erhöhungen der Stromtarife für heftige Kritik gesorgt.

Revision bis 2014

In einer Aussprache habe der Bundesrat am Mittwoch die Schwächen der geltenden Gesetzgebung sowie mögliche Ansatzpunkte einer Revision diskutiert, heisst es weiter. Er habe darauf verzichtet, Eckwerte der Revision bereits definitiv festzulegen. Ziel ist es, die Stromversorgungsgesetz-Revision zeitlich mit dem zweiten Marktöffnungsschritt 2014 in Kraft zu setzen. (AP)

Hohe Boni – mehr Steuern

Anita Fetz will Firmen, die Millionengehälter bezahlen, steuerlich bestrafen

BEAT RECHSTEINER

Von Lohndeckeln und Boni-Beschränkungen für überbezahlte UBS-Banker wollte der Ständerat im vergangenen Sommer nichts wissen. Jetzt versucht es SP-Politikerin Anita Fetz durch die Hintertür. Die Basler Ständerätin wird in der laufenden Wintersession einen Vorstoss einreichen, der jene Unternehmen steuerlich bestrafen will, die mit den Entschädigungen für ihre Topmanager überborden. Und das völlig unabhängig von der Branche. Konkret verlangt der Motionstext, der dieser Zeitung vorliegt, zweierlei:

- Werden einem Mitarbeiter Entschädigungen (inklusive Boni) von mehr als 1,5 Millionen Franken pro Jahr ausbezahlt, so soll der Fiskus davon profitieren. Alles, was die 1,5 Millionen übersteigt, soll im Gegensatz zu heute höchstens noch zur Hälfte als geschäftsmässig begründeter Aufwand verbucht und steuerlich abgezogen werden können.
- Nach dem gleichen Prinzip will Fetz gegen Antritts- und Abgangsentschädigungen vorge-



FETZ' NEUER ANLAUF. J. JUNKOV

hen. Ist etwa ein goldener Fallschirm eines abtretenden Managers mehr wert als 500 000 Franken, so soll der darüberliegende Betrag höchstens noch zu einem Viertel als Aufwand verbucht werden können.

Für die Obergrenze von 1,5 Millionen Franken hat sich Fetz entschieden, weil diese im Rahmen der Spitzenlöhne bei staatsnahen Betrieben liege. Ihr Ziel: Durch die zusätzlichen Hürden will sie die Anreize verringern, dass sich Topmanager auf hochriskante Geschäfte einlassen. Bei

ihrem letzten Anlauf hatte Fetz noch einen Lohndeckel gefordert und scheiterte. Nun erhofft sie sich mehr Unterstützung von bürgerlicher Seite. Vor allem von der SVP, welche die Lohnexzesse lautstark angeprangert hatte.

Gegen «Sonderregelung»

Doch SVP-Ständerat Hannes Germann winkt ab: «Eine solche Sonderregelung für wenige Manager braucht es nicht.» Germann hält einen Staatseingriff nur dann für angebracht, wenn ein Unternehmen mit Steuergeldern gestützt werden muss – so wie die UBS. Auch von den Mitteparteien darf Fetz nicht mit Unterstützung rechnen. «Das alte Anliegen kommt jetzt in einer anderen Farbnuance daher, doch das macht es nicht überzeugender», sagt CVP-Ständerat Bruno Frick.

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse verweist auf Anfrage auf die Fachliteratur zum Thema. Dort herrsche weithin Einigkeit darüber, dass sich die Regulierung der Managervergütungen durch das Steuerrecht als Fehlschlag erwiesen habe.

Nachrichten

Ueli Maurer lässt impfen

Die Schweinegrippe beschäftigt heute nun auch die Eidgenössischen Räte in Bern: Die Ratsmitglieder können sich den ganzen Tag über im Zimmer 325 im Parlamentsgebäude gratis impfen lassen. Verteidigungsminister Ueli Maurer hat für diesen Ernstfalldienst eigens eine «mobile Impfheute» seiner Sanitätstruppen ins Bundeshaus abkommandiert. Volks- und Ständevertreter, die Maurers Sonderangebot heute verpassen, können sich aber noch während der ganzen ersten Sessions-Woche in der Kaserne Bern impfen lassen. Einzelne Parlamentarier sind allerdings schon geimpft zu Session nach Bern angereist. (NR)

Wasser Zinsen sollen erhöht werden

In der Schweiz sollen die Wasserzinsen in den kommenden zehn Jahren um über ein Drittel erhöht werden. Der Nationalrat ist am Montag zum Auftakt der Wintersession dem Ständerat gefolgt und hat sich im Grundsatz für eine entsprechende Anpassung des Wasserrechtsgesetzes ausgesprochen. Noch nicht geklärt ist indes die Frage, ob gleichzeitig auch die Förderabgabe für «grünen Strom» verdoppelt werden soll. (AP)

Räte Mehr Geld für Fraktionen

Den Fraktionen der eidgenössischen Räte soll künftig mehr Geld für ihre Sekretariate zur Verfügung stehen. Im Vergleich zum Nationalrat will der Ständerat die Mittel sogar noch stärker aufstocken, und zwar um insgesamt 2,5 Millionen Franken. Felix Gutzwiller (FDP/ZH) und Christoffel Brändli (SVP/GR) mahnten vergeblich, dem Nationalrat zu folgen und insgesamt nur rund eine Million Franken mehr zu sprechen. (AP)

IWF Beratung über Kredit verschoben

Die Aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrats beharrt auf zusätzlichen Ausgaben für die Entwicklungshilfe. Sie hat einen Bericht des Bundesrats, in dem dargelegt wird, dass eine Aufstockung der Mittel mit dem Sparprogramm des Bundes nicht vereinbar sei, zurückgewiesen. (AP)

Sterbehilfe Widmer-Schlumpf sagt Sorry

Das Justizdepartement hat jetzt die Sterbehilfeorganisationen ebenfalls eingeladen, zum Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen. Wie Exit mitteilte, sind am Montag die entsprechenden Vernehmlassungsunterlagen mit fast vierwöchiger Verspätung eingegangen. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf entschuldigte sich in einem Schreiben für das «Versehen» bei der Finalisierung der Adresslisten. (AP)

Frauen Kampagne gegen Gewalt lanciert

Mit zahlreichen Veranstaltungen wird ab kommendem Mittwoch in der Schweiz während 16 Tagen auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht. (AP)